



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 20.05.2010

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

ab TOP 2 (17:10 Uhr)

Herr Stadtrat Deeng

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Zügel

ab TOP 2 (17:10 Uhr)

Stellvertreter/in:

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Lemli

Verwaltung:

Frau Christ, Stadtplanungsamt

Herr Dobler, Baubetriebsamt

Herr Kopf, Hochbauamt

Herr Krause, OV Mettenberg

Frau Ludwig, Ordnungsamt

Herr Merkle, Baubetriebsamt

Herr Morczinietz, ABBS

Herr Rechmann, Tiefbauamt

Herr Herr Stiele, Tiefbauamt  
Herr Wilk, Hochbauamt  
Frau Voitun, Hochbauamt  
Herr Zimmermann, Baubetriebsamt

entschuldigt:

Herr Stadtrat Abele  
Herr Stadtrat Keil  
Herr Stadtrat Nuding

Gäste:

Presse

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Kindergarten St. Nikolaus Mozartstraße - Erweiterung Beauftragung eines Architekturbüros	88/2010
2.	Winterdienstbericht 2009/2010	86/2010
3.	Informationen	
3.1.	Bericht über die Straßenreinigung in Biberach im Jahr 2009	87/2010
3.2.	Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet	92/2010
3.3.	Erweiterung der Biogasanlage Eichener Straße 100 im Stadtteil Stafflangen	83/2010
4.	Verschiedenes	
4.1.	Verschiedenes: Sanierungsmaßnahme "Sporthalle Rißegg"	
4.2.	Verschiedenes: Sanierungsmaßnahme "Jugendkunstschule" Hin- denburgstraße 34	
4.3.	Verschiedenes: 5. Änderung des Bebauungsplans "Radgas- se/Consulentengasse" Baumaßnahme Textilhaus Kolesch	
4.4.	Verschiedenes: Bachlauf im Pausenhof des Wieland-Gymnasiums	

Die Mitglieder wurden am 12.05.2010 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.  
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokal-  
teil der Schwäbischen Zeitung am 19.05.2010 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 88/2010 zur Beschlussfassung vor.

StR Dullenkopf spricht sich dafür aus, das bestehende Wohnhaus in die Planung einzubeziehen und bittet zu prüfen, ob der Umbau bei gleichzeitigem Betrieb des Kindergartens erfolgen könne.

StRin Kübler stellt klar, dass der Antrag vom 26.01.2010 auf eine schnellstmögliche Umsetzung zielte, seither jedoch bereits wieder 4 Monate verstrichen seien. Sie erkundigt sich nach den Gründen und duldet keine weiteren Verzögerungen. Die Kindergartenleitung bittet sie in die Planung einzubeziehen, was sich bei anderen Vorhaben bewährt habe. Sie erkundigt sich zudem, ob die Sanierung des Wohnhauses, der Sanitäranlagen und des Daches in der Maßnahme enthalten ist.

StR Rieger signalisiert seine Zustimmung und hofft auf eine zeitnahe Durchführung der Maßnahme.

Auch StRin Sonntag fordert eine zügige Umsetzung unter Einbeziehung des Kindergartenteams, da die Kindergartenplätze knapp würden.

BM Kuhlmann betont, dass von Dezernat II Wert darauf gelegt wurde, den Beschluss des Kindergartenberichtes abzuwarten. Die Vorlage sei unmittelbar nach erfolgter Beschlussfassung gefertigt worden.

Herr Kopf informiert das Gremium über die gestrige Besprechung mit dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport – Herrn Stark – sowie der Kindergartenleitung – Frau Kamara. Er weist darauf hin, dass das bestehende Wohnhaus in die Maßnahme einbezogen werden solle und dem Bauausschuss die beiden möglichen Varianten für eine parallel zum Kindergartenbetrieb erfolgende Umsetzung zusammen mit der Planung vorgestellt würden. Hinsichtlich der Sanierung der Sanitäranlagen sowie des Daches sei in Kürze ein Termin im gleichen Kreis zusätzlich mit dem Gebäudemanagement anberaunt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Das Architekturbüro Günter Schmitt + Dominik Poss , Biberach wird mit den Planungsleistungen für die Erweiterung des Kindergartens St. Nikolaus in der Mozartstraße beauftragt.**
- 2. Auf HH-Stelle 2.4649.943000.0, Kiga St. Nikolaus, werden 400.000,-- € überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung ist gewährleistet durch Sperrung der gleichen Summe auf HH-Stelle 2.4649.942000.4, Kiga Hühnerfeld.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 86/2010 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann als auch die Fraktionen danken dem Baubetriebsamt für die geleistete, hervorragende Arbeit.

Herr Merkle geht in seinem Winterdienstbericht insbesondere auf die notwendigen Straßensperrungen aus Gründen des Streusalzmangels sowie auf die gegenüber dem Vorjahr entstandenen Mehrkosten von rd. 30% ein.

StR Pfender merkt an, dass die zur Zeit des Streusalzmangels entstandene, geschlossene Schneedecke auf den Straßen zumindest in der Ebene sehr gut zu befahren gewesen sei. Er regt daher an, aus Umweltgesichtspunkten als auch im Hinblick auf die Kosten über einen Verzicht von Streusalz auf ebener Strecke nachzudenken.

StRin Kübler unterstützt diesen Vorschlag und sieht eine Erhöhung der Salzlagerkapazität dagegen eher kritisch. Sie dankt Herrn Merkle dafür, dass während des Salzmangels kein Streusalz aus ökologisch bedenklichen Ländern eingesetzt wurde und erkundigt sich nach Beschwerden infolge der notwendigen Straßensperrungen. Die zusätzliche Räumung von Wohnneben- und Anliegerstraßen bittet sie beizubehalten, solange die Stadt sich diesen Service leisten könne. Hierzu interessiert sie, nach welcher Priorität deren Räumung erfolge, ob z. B. der Anteil älterer Bürger im jeweiligen Stadtteil Berücksichtigung finde.

StR Rieger plädiert dafür, Streusalz nicht um jeden Preis zu verwenden, sondern bei Salzknappeit eher auf den früher verwendeten Splitt zurückzugreifen.

StR Weber fordert aus ökologischen Gründen eine Begrenzung des Streusalzeinsatzes und wird der Vorlage daher nicht zustimmen. Ohnehin trage der Salzeinsatz nicht zur höheren Verkehrssicherheit bei, da die Straßen an einzelnen Stellen eben trotzdem glatt und damit umso gefährlicher seien.

StR Braig hält dem entgegen, es gelte die Barrierefreiheit insbesondere auch in den Wohngebieten sicherzustellen. Diese gewinne durch den demographischen Wandel zunehmend an Bedeutung. Auch bittet er Herrn Merkle, den Bauausschuss über die hohe Umweltbelastung bei einem alternativen Einsatz von Splitt zu informieren.

Herr Merkle weist darauf hin, dass eine geschlossene Schneedecke sich bei Dauerfrost gut befahren lasse, in unseren Breiten jedoch der Wechsel zwischen Tauwetter (tagsüber) und Nachtfrost vorherrsche. Insbesondere bei stark befahrenen Straßen führe dies zu ausgeprägten Spurrillen und Vereisungen – auch das Aufbringen von Splitt löse das Problem nur kurzfristig, da dieser nach und nach in die Schneeschicht eingefahren werde. Er informiert weiter, hinsichtlich der Sperrung von Wohnstraßen habe es nur vereinzelt Beschwerden gegeben. Zur Aufstockung des Salzlagers werde derzeit eine Erhöhung der Kapazität durch eine Gebäudeanmietung bzw. durch eine zusätzliche Lagerung im Freien diskutiert. Er selbst sei diesbezüglich noch hin- und hergerissen, da Streusalz nur über eine begrenzte Haltbarkeits- und damit mögliche Lagerdauer verfüge, andererseits so die kostengünstigeren Sommerbezugspreise genutzt werden könnten. Er erläutert, Wohnsammelstraßen wie der Köhlesrain würden vom Baubetriebsamt geräumt, Wohnnebenstraßen, wie beispielsweise die Nickeleshalde vom Maschinen-

ring. Eine darüber hinausgehende Priorisierung z. B. nach der Altersstruktur der Stadtteile erfolge nicht. Auf Anfrage von StR Weber erklärt er, ab einem Niederschlag von 3-5 cm würden die Räumfahrzeuge eingesetzt, um ein Festfahren des Schnees zu verhindern. Zur Frage der Umweltverträglichkeit eines Splitt- bzw. eines Feuchtsalzeinsatzes verweist er auf eine entsprechende Studie der Universität Freiburg, die im Hinblick auf die aufwändige Entsorgung des verunreinigten, feinstaubbelasteten Splitts als Sondermüll zum Ergebnis komme, dass aus ökologischen Gesichtspunkten der Einsatz von Splitt gegenüber Feuchtsalz nicht zu bevorzugen sei.

StR Compter dankt dem Baubetriebsamt für die umgehende Räumung eines durch den Maschinenring zugeschobenen Wirtschaftsweges in Bergerhausen und erkundigt sich, ob der Maschinenring über ein eigenes Salzlager verfüge.

Dies wird von Herrn Merkle bestätigt. Die Ausschreibung sei bewusst so gewählt, um einen sparsamen Salzeinsatz durch den Maschinenring zu gewährleisten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin bei 2 Enthaltungen folgenden

#### Beschluss:

- 1. Der Winterdienstbericht wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der überplanmäßigen Ausgabe für Winterdienstfremdleistungen für das Jahr 2010 in Höhe von 82.000 Euro wird zugestimmt. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen auf der HHSt. 1.9000.001000.0 (Grundsteuer B Grundstücke und Gebäude).**
- 3. Der überplanmäßigen Ausgabe für Streustoffe für das Jahr 2010 in Höhe von 40.000 Euro wird zugestimmt. Die Deckung ist gewährleistet in Höhe von 10.000 € durch Mehreinnahmen auf der HHSt. 1.9000.001000.0 (Grundsteuer B Grundstücke und Gebäude) und in Höhe von 30.000 € durch eine höhere Rücklagenentnahme.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 87/2010 zur Kenntnisnahme vor.

Herr Merkle stellt den Straßenreinigungsbericht vor und geht hierbei insbesondere auf das Störimpfinden der Bevölkerung sowie auf die Kosten für die Straßenreinigung ein. Wie vom Gemeinderat beschlossen werde die Reinigungsleistung ab Herbst 2010 abgesenkt. Er betont, dass sich aufgrund des schneereichen Winters sehr viel Splitt im Straßenraum befinde, der jedoch erst dann abgekehrt werden könne, wenn kein erneuter Schneeeinbruch mehr zu erwarten sei. Nach wie vor ein Problem würden die Grün-  
gutlagerplätze u. a. an der Karl-Müller-Straße darstellen. Regelmäßig würden die Abfälle dort unsachgemäß gebündelt und von der abholenden Firma daher zurückgelassen.

BM Kuhlmann betont den hohen Reinigungsstandard der Stadt Biberach im Vergleich zu anderen Städten und ist gespannt, wie sich die Reduzierung im maschinellen Bereich auswirken wird.

StR Pfender dankt für die geleistete Arbeit und erinnert an seine Anregung, die Öffnungen der Abfallkörbe zu verringern, um der Entsorgung von großen Mengen an Hausmüll über öffentliche Abfallkörbe entgegen zu wirken.

StRin Drews stellt fest, dass sich die Situation im Wielandpark zwischenzeitlich verbessert habe und dankt für die Organisation der Stadtputzete, die den Schülern viel Spaß gemacht habe. Sie weist auf vermehrte Graffitis entlang der Ziegelmauer am alten Friedhof hin und plädiert dafür, die Zahl der Abfallkörbe im Stadtgebiet aufzustocken. Den Vorschlag von StR Pfender hält sie nicht für zielführend, weil in diesem Fall – wie etwa bei der Unterführung am Bahnhof – der Müll einfach neben den Abfallkörben abgestellt werde. Das System der "Roten Karte" bittet sie zu überdenken, da insbesondere Auswärtige hiermit nichts anfangen könnten.

StR Rieger interessiert, wie sich die Verschmutzung des Burrenwalds seit der Einrichtung des Kletterwalds entwickelt hat bzw. inwieweit dessen Betreiber zur Reinigung des Bereichs verpflichtet sind. Er erkundigt sich zudem, ob die Verursacher von Verschmutzungen, wie beispielsweise den Scherben auf dem Viehmarktplatz, im vergangenen Jahr ermittelt und belangt werden konnten. Er regt an, diese in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt zu Straßenputzaktionen heranzuziehen.

StR Weber lobt das Instrument der Stadtputzete zur Reinigung des Außenbereichs sowie den Einsatz des Präsenzdienstes, der Einzelpersonen auf ihr Fehlverhalten direkt hinweisen könne. Straßenbegleitendes Grün bittet er künftig nicht mehr zu mulchen, sondern die dort gedeihende Vielfalt an Gräsern und Kräutern Insekten und anderen Kleintieren als Rückzugsbereiche zuzugestehen.

Herr Merkle erläutert, der Vorschlag von StR Pfender werde bereits umgesetzt – bei einem notwendigen Austausch von Abfallkörben bzw. neuen Standorten ein Zylindertyp mit schmaler Öffnung verwendet. Die Umstellung auf die neuen Abfallbehälter erfolge so sukzessive. Zu den Graffitis am evangelischen Friedhof ist er für Hinweise aus der Bevölkerung dankbar; die vermehrten Kontrollen durch den Präsenzdienst in diesem Bereich seien bislang vergebens gewesen. Grundsätzlich halte auch er Arbeitseinsätze für Verursacher von Verschmutzungen für sinnvoller als eine Geldstrafe - stadtwweit sei die Suche

nach diesen jedoch nur von wenig Erfolg gekrönt. Der Vermutung von StRin Drews, dass Gaststudenten über keine Mülltonne verfügen und deshalb auf öffentliche Abfallbehälter zurückgreifen, tritt er entgegen. Auch bei einem Gastsemester sei man zu einer ordentlichen Müllentsorgung über eine eigene Mülltonne verpflichtet. Das Hauptproblem sehe er auch nicht bei Studenten, sondern eher bei unbelehrbaren Bürgern. Er begrüßt zusätzliche Standorte für Abfallbehälter und ist diesbezüglich auch für konkrete Vorschläge dankbar. Der Burren- und damit auch der eingerichtete Kletterwald falle in die Zuständigkeit des Forstamts, weshalb das Baubetriebsamt hierzu keine Aussagen treffen könne. Zur Ahndung von Verstößen erklärt er weiter, hierfür sei die Bußgeldstelle des Landratsamts zuständig - der Vollzugs- bzw. Präsenzdienst der Stadt leite die Anzeigen zur Verfolgung entsprechend weiter. Auf die Anregung von StR Weber stellt er klar, dass das Straßenbegleitgrün aus Gründen der Verkehrssicherheit zu mähen sei, um ein Einwachsen der Verkehrsflächen zu vermeiden. Dabei stelle das "Mulchen" eine kostengünstige, weil langfristige Lösung dar.

StR Weber merkt an, dass die Verkehrssicherheit einem Verzicht auf das "Mulchen" auf Flächen wie beispielsweise an der Mozartstraße (zwischen Hochhaus und Kindergarten) nicht entgegen stehe.

BM Kuhlmann stellt fest, dass es wegen nicht gemähter Wiesen schon zu Nachbarschaftskonflikten gekommen sei, man den Wunsch von Herrn Weber jedoch gerne prüfen werde.

StR Herzhauser interessiert die Höhe der verhängten Bußgelder im Lauf der letzten Jahre.

Frau Ludwig sagt die Prüfung und Beantwortung dieser Frage sowie des Themas "Rote Karte" für Besucher zu.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 92/2010 zur Kenntnisnahme vor.

BM Kuhlmann schickt voraus, das städtische Tiefbauamt könne eine Änderung der Ampelschaltung nicht ohne Weiteres vornehmen, eine solche bedürfe vielmehr der Abstimmung mit dem jeweiligen Straßenbaulastträger, d. h. den zuständigen Stellen von Bund und Land für Bundes- bzw. Landstraßen, dem Straßenbauamt des Landratsamts sowie dem städtischen Ordnungsamt. Auch handle es sich hierbei um ein hochkomplexes Thema, da jede Änderung sich immer auch auf andere Knotenpunkte in der Stadt auswirke.

Herr Rechmann stellt die derzeitige Situation vor und informiert über die notwendigen Rahmenbedingungen einer "grünen Welle". Grundsätzlich gelinge eine solche wegen der unterschiedlich (schnellen) Verkehrsteilnehmer nur über eine begrenzte Strecke hinweg und nur dann, wenn keine verkehrsabhängige Ampelschaltung erfolgt. Darüber hinaus würden andere gewünschte Verkehrseinrichtungen, wie z. B. ein Zebrastreifen, eine "grüne Welle" beeinträchtigen.

Zur derzeitigen Sanierungsmaßnahme im Bereich Ulmer-Tor-Straße/ Bismarckring erläutert er, gegenüber der bisher angedachten Vergrößerung der Mittelinsel bevorzuge man mittlerweile die Ausbildung einer "Nase" im Gehwegbereich an der Ecke der Deutschen Post. Hierdurch könne der derzeitige Engpass beseitigt, d. h. mehr Fläche für die vom Bahnhof kommenden Fußgänger bereitgestellt und gleichzeitig die Querung der Straße in einem Zug ermöglicht werden. Die Kosten würden dabei im Vergleich zur geplanten Mittelinsel nur marginal steigen. Die konkrete Umsetzung sei im Zuge der Neuasphaltierung des Bereichs und damit noch vor Schützen geplant.

StR Pfender merkt an, auf vielen Strecken in Biberach habe man mit "roten Wellen" zu kämpfen, für deren Existenz die Vorlage keine Erklärung liefere. Konkret nennt er hier die Waldseer Straße, auf der man –stadtauswärts- insbesondere in den Abendstunden an fast jeder Ampel warten müsse. Besonders ärgerlich sei dabei die Ampelschaltung an der Kreuzung Waldseer Straße/ Mittelbergstraße, die für Fahrzeuge aus der Mittelbergstraße auf "grün" wechsele, selbst wenn von dort gar kein Fahrzeug ankomme. Dieselbe Situation herrsche auf der Nord-Süd-Verbindung im Verlauf der Memminger Straße-Ulmer Straße. Dort führe insbesondere die extrem lange Grünphase der Fußgängerampel im Kreuzungsbereich Theodor-Heuss-Straße/ Memminger Straße zu Verzögerungen, obwohl dieser Überweg nur von sehr wenigen Fußgängern genutzt werde. Gerade umgekehrt gestalte sich die Situation an der Fußgängerampel am evangelischen Friedhof sowie am Ärztehaus/ Zeppelinring – dort sei die Grünphase für Fußgänger jeweils zu kurz bemessen.

Dass der Verkehrsfluss bei einer Zuständigkeit von 5 Firmen für die Programmierung der Ampelanlagen an insgesamt 25 Knotenpunkten leide, könne nicht weiter verwundern. Ziel müsse es vielmehr sein, diese in einer Hand zu bündeln. Auch sei es absolut unverständlich, dass der neu beschaffte Verkehrsrechner lediglich die Signalanlagen der Fa. Signalbau Huber steuere. Zu den geplanten, neuen Ampelanlagen im Verlauf der Nordwestumfahrung bittet er darum, alternative Lösungen wie beispielsweise den Bau von Kreisverkehrsanlagen zu prüfen. Er beantragt zudem, im Zuge der Umstellung der Ampelschaltung zur Busbeschleunigung *eine* Firma mit der Überprüfung des Gesamtsystems zu beauftragen. Diese solle innerhalb eines konkret gesetzten Zeitrahmens eine zumindest einigermaßen zufriedenstellende Lösung finden.

Herr Rechmann sagt die Überprüfung der von StR Pfender angeführten Problempunkte zu und merkt an, die Ampeln an der Ulmer Straße/ Memminger Straße seien wegen der Baustelle in der Bergerhauser Straße derzeit verkehrsabhängig geschaltet - die angestrebte "grüne Welle" in diesem Bereich daher derzeit nicht funktionsfähig. Für die Fußgänger am Zeppelinring erhoffe man sich durch die vorher beschriebene Maßnahme eine Verbesserung. Auch eine Ausweitung der Querungszeit für Fußgänger sei möglich, gehe aber zu Lasten des Fahrverkehrs. Zur Zuständigkeit verschiedener Firmen für die Ampelanlagen betont er, dass jeweils eine Firma für eine "Welle", d. h. für voneinander abhängige Knotenpunkte verantwortlich zeichne. Auf Antrag des Gremiums sei es selbstverständlich möglich, eine externe Firma mit der Prüfung des Gesamtsystems zu beauftragen – Synergieeffekte zwischen den einzelnen "grünen Wellen" seien jedoch nicht zu erwarten. Ohnehin gelinge eine solche lt. entsprechenden Untersuchungen maximal über eine Distanz von 750 m. Der Verkehrsrechner regle sämtliche Signalanlagen, die von der Firma Huber gewartet werden, und damit immerhin 23 von insgesamt 25 Anlagen.

BM Kuhlmann ergänzt, die Errichtung von Kreisverkehrsanlagen im Zuge der Nordwestumfahrung – Kreuzungsbereich Hubertus-Liebrecht-Straße und Ulmer Straße - werde auch seitens der Verwaltung favorisiert, vom zuständigen Straßenbaulastträger trotz Vorlage eines entsprechenden Gutachtens jedoch abgelehnt und sei daher nicht realisierbar. Er sichert zu, die Anregungen ernst zu nehmen und nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen, betont jedoch auch, dass "grüne Wellen" aufgrund der vielen Querverkehre in Biberach nicht in dem Umfang möglich sind, wie auf Strecken anderer Städte, die den Fahrverkehr klar priorisieren.

StR Lemli stellt fest, es gebe landauf landab wohl kein Thema, dass die Bürger und die zuständigen Gremien mehr bewege als die Verkehrslenkung/ -steuerung. Er dankt für das Erkennen und Bemühen der Verwaltung, die derzeitige Situation zu verbessern und gibt BM Kuhlmann recht, dass sich die Verkehrslenkung in einer Stadt wie Biberach, mit ihren vielen Ecken und Kanten schwierig gestalten. Er bittet das Tiefbauamt, die Anregungen und Hinweise der Bürger sowie des Gremiums ernst zu nehmen und sieht die Stadt insgesamt auf einem guten Weg bzw. den Änderungen positiv entgegen.

StR Zügel plädiert dafür, insbesondere den Verzicht bzw. das Abschalten einzelner, bestehender Signalanlagen im Stadtgebiet zu prüfen, was aus seiner Sicht zu einer wesentlichen Verbesserung bzw. höheren Flexibilität des Systems beitragen könne. Unklar sei ihm nach wie vor, weshalb die angestrebten "grünen Wellen" in Biberach nicht wenigstens außerhalb der Hauptverkehrszeiten auf den Hauptverkehrsstrecken (Nord-Süd-Verbindungen) funktionieren. Auch ist er sich sicher, dass die Programmierung bzw. Wartung der Signalanlagen im Stadtgebiet durch unterschiedliche Firmen zu Reibungsverlusten führt. Er stellt weiter fest, dass das System auf Änderungen der Verkehrsflüsse, z. B. durch Straßensperren noch nicht hinreichend flexibel reagiert und weist wie bereits StR Pfender auf die unzureichende Ampelschaltung an der Kreuzung Waldseer Straße/ Mittelbergstraße hin.

Auch StR Weber spricht sich für eine Reduzierung der Signalanlagen im Stadtgebiet aus und bittet im Übrigen darum, die Ampelschaltung auch verkehrslenkend einzusetzen. In der Innenstadt sei Fußgängern und Radfahrern gegenüber dem Fahrverkehr eine höhere Priorität einzuräumen. Zu den angestrebten "grünen Wellen" gibt er zu bedenken, dass diese oft auch zu schnellerem Fahren animieren.

StR Braig regt an, ein späteres Einschalten von Signalanlagen am Morgen bzw. ein früheres Ausschalten derselben am Abend zu prüfen und stellt fest, dass der Verkehr am Ulmer-Tor seit Einrichtung der Baustelle sehr gut fließe.

StRin Drews warnt vor Unfällen als Folge der zeitlich versetzten Grünphasen für Fußgänger am Fußgängerüberweg "evangelischer Friedhof" und bittet nochmals nachdrücklich darum, diese gleichzuschalten.

StR Herzhauser moniert, dass ein Autofahrer abends, von der Kolpingstraße kommend, zwar an der Kreuzung Mittelbergstraße "grün" habe, die Ampel an der Kreuzung Valenceallee jedoch gerade auf "rot" umspringe, sofern man sich an die Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h halte. Er begrüßt, wo sinnvoll und möglich, das Ausschalten von Ampeln außerhalb der Hauptverkehrszeiten und bittet die Möglichkeit der Ausweitung dieser Zeiträume für die einzelnen Signalanlagen – insbesondere für die Bergerhauser Straße - zu prüfen.

StR Compter hält eine längere Grünphase für die von Süden kommenden Linksabbieger an der Kreuzung Memminger Straße/ Ulmer Straße/ Eselsberg und damit eine Berücksichtigung der derzeitigen Baustellen für wünschenswert. Zumindest müsse die Ampel an der Rißbrücke (16a) jedoch so geschaltet werden, dass sich der Abbiegeverkehr nicht zurück in den Kreuzungsbereich stauet.

BM Kuhlmann sagt die Prüfung sämtlicher vorgebrachter Fragen und Anregungen zu. Für die Überprüfung des Gesamtsystems durch eine externe Firma werde man entsprechende Angebote einholen. Er bittet das Gremium, der Verwaltung auch künftig Anregungen – gerne auch per Schnellanfrage – mitzuteilen. Das Ausschalten von Signalanlagen sei vordergründig eine gute Idee, an Gefahrenpunkten wie z. B. der Kreuzung Mittelbergstraße, wo die Einsicht nach links und rechts äußerst eingeschränkt sei, jedoch undenkbar. Soweit gefahrlos möglich, werde man von dieser Möglichkeit dagegen Gebrauch machen.

Herr Rechmann sieht das von StR Compter angeführte Problem bezüglich des von der Memminger Straße kommenden Fahrverkehrs in Richtung Zeppelinring. Er gibt jedoch zu bedenken, dass auch für die Neuprogrammierung von Signalanlagen für den Zeitraum von Baumaßnahmen –wie beispielsweise in der Bahnhofstraße geschehen – nicht unerhebliche Kosten entstehen. Es gelte daher jeweils die Kosten bzw. den Nutzen gegeneinander abzuwägen.

Auf Anfrage von StR Lemli erklärt er weiter, die vorgestellte Aufweitung des Fußgängerbereichs an der Ecke der Deutschen Post stelle nach übereinstimmender Auffassung der Ingenieurbüros Wolffram, Fischer und Gevas die optimale Lösung dar.

**Die Fraktionen stimmen dieser Lösung daraufhin einvernehmlich zu.**

StR Rieger spricht sich dafür aus, den Radweg vor den Punkthäusern an der Querung Ulmer-Tor-Straße entsprechend zu markieren, da Radfahrer dort oft von wartenden Fußgängern behindert würden.

BM Kuhlmann sagt die diesbezügliche Prüfung zu.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 83/2010 zur Kenntnisnahme vor.

**Ohne Aussprache nimmt der Bauausschuss Kenntnis.**

#### **TOP 4.1    Verschiedenes: Sanierungsmaßnahme "Sporthalle Rißegg"**

StR Braig erkundigt sich, ob die für Herbst vorgesehene Sanierung der Sporthalle in Rißegg nicht in der Ferienzeit durchgeführt werden könne, um die vielfältige Nutzung für sportliche als auch kulturelle Zwecke nicht unnötig einzuschränken.

Herr Kopf erklärt, die Maßnahme werde vom Gebäudemanagement durchgeführt, die Anfrage sei daher an Amt 25 zu stellen.

#### **TOP 4.2    Verschiedenes: Sanierungsmaßnahme "Jugendkunstschule" Hindenburgstraße 34**

StR Braig erkundigt sich, ob die im Zuge der Sanierung der Jugendkunstschule eingebauten Wärmeschutzfenster tatsächlich weniger lichtdurchlässig und teilweise auch nicht offenbar seien, wie dies von Nutzern des Gebäudes moniert werde.

Herr Kopf erläutert, dass der Preis für einen entsprechenden Wärmeschutz immer eine geringere Lichtdurchlässigkeit sei. Angesichts der zahlreichen Fenster der Jugendkunstschule halte er dies jedoch für unproblematisch. Ohnehin sei eine Beurteilung der tatsächlichen Lichtverhältnisse erst möglich, wenn die Folie entfernt und das Gerüst abgebaut worden sei. Tatsächlich seien die Fenster teilweise nicht offenbar – dies sei den bestehenden Unfallverhütungsvorschriften geschuldet.

**TOP 4.3    Verschiedenes: 5. Änderung des Bebauungsplans "Radgasse/Consulentengasse"  
Baumaßnahme Textilhaus Kolesch**

StRin Kübler erkundigt sich im Hinblick auf einen diesbezüglichen Leserbrief, ob die Fenster im Nachbargebäude des Textilhauses Kolesch, Consulentengasse 2, wie von der Verwaltung dargestellt tatsächlich nachträglich eingebaut wurden.

BM Kuhlmann erläutert, die obere Fensterreihe sei – wie in der Vorlage auch dargestellt – bereits vorhanden gewesen. Nach den heutigen bauordnungsrechtlichen Vorschriften wären diese unzulässig, da der Abstand zur Grundstücksgrenze weniger als 2,50 m betrage, sie genossen jedoch Bestandsschutz. Die unteren Fenster seien dagegen erst nachträglich eingebaut worden.

#### **TOP 4.4    Verschiedenes: Bachlauf im Pausenhof des Wieland-Gymnasiums**

StRin Sonntag bittet darum, den zwischenzeitlich wieder stark veralgten Wasserlauf im Pausenhof des WGs zu reinigen und zu prüfen, ob ein Konstruktionsfehler am Ablauf bzw. das hier verwendete Edelstahllochblech für die starke Veralgung verantwortlich ist.

BM Kuhlmann wird die Anfrage an das Gebäudemanagement weiterleiten.

## Bauausschuss, 20.05.2010, öffentlich

### Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	.....	BM Kuhlmann
Stadtrat:	.....	Brenner
Stadträtin:	.....	Kübler
Schriftführerin:	.....	Markieton
Gesehen:	.....	OB Fettback
Gesehen:	.....	EBM Wersch